

Frick, Joachim R.; Grabka, Markus M.

**Article**

## Zur Entwicklung der Einkommen privater Haushalte in Deutschland bis 2004: zunehmender Einfluss von Arbeitslosigkeit auf Armut und Ungleichheit

DIW Wochenbericht

**Provided in Cooperation with:**

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

*Suggested Citation:* Frick, Joachim R.; Grabka, Markus M. (2005) : Zur Entwicklung der Einkommen privater Haushalte in Deutschland bis 2004: zunehmender Einfluss von Arbeitslosigkeit auf Armut und Ungleichheit, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 72, Iss. 28, pp. 429-436

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151386>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Zur Entwicklung der Einkommen privater Haushalte in Deutschland bis 2004

Zunehmender Einfluss von Arbeitslosigkeit auf Armut und Ungleichheit

Joachim R. Frick  
jfrick@diw.de

Markus M. Grabka  
mgrabka@diw.de

*In Ostdeutschland gab es 2004 – anders als in Westdeutschland – eine weitere, wenngleich geringe Zunahme von Einkommensungleichheit und Armut gegenüber den Vorjahren. Diese Entwicklung steht in engem Zusammenhang mit der in Ostdeutschland weiter stark gestiegenen Arbeitslosigkeit, was sich besonders in der zunehmenden Ungleichheit der Markteinkommen niedergeschlagen hat. Im Jahre 2004 waren über 40 % der Ostdeutschen und immerhin auch fast 20 % der Westdeutschen entweder selbst oder indirekt – von der Arbeitslosigkeit eines Haushaltsmitgliedes im Jahr zuvor – betroffen.*

*Mit der vorliegenden Untersuchung wird eine Reihe von Wochenberichten des DIW Berlin fortgesetzt, in denen die langfristige Entwicklung von Einkommen und Armut in Deutschland für die Bevölkerung insgesamt sowie in vertieften Analysen für ausgewählte Teilgruppen dargestellt wird.<sup>1</sup> Dabei wurden bisher die Daten des vom DIW Berlin in Zusammenarbeit mit Infratest Sozialforschung erhobenen Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) bis zum Befragungsjahr 2003 untersucht, die auch in dem im März 2005 erschienenen 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung<sup>2</sup> Eingang gefunden haben. Nunmehr wird diese Berichterstattung bis zum Befragungsjahr 2004 weitergeführt.*

### Einkommensentwicklung in Deutschland

Die realen verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in Deutschland sind seit Anfang der 90er Jahre leicht gestiegen (Abbildung 1). Beeinflusst wurde die Entwicklung von einer Reihe von Faktoren – vor allem vom wirtschaftlichen Verlauf. In der konjunkturellen Schwächeperiode bis 1998 lag das mittlere äquivalenzgewichtete Jahreseinkommen<sup>3</sup> bei rund 17 000 Euro. Während des darauf

<sup>1</sup> Vgl. dazu Joachim R. Frick et al.: Zur langfristigen Entwicklung von Einkommen und Armut in Deutschland. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 4/2005; Ingrid Tucci und Gert G. Wagner: Einkommensarmut bei Zuwanderern überdurchschnittlich gestiegen. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 5/2005; Markus M. Grabka und Peter Krause: Einkommen und Armut von Familien und älteren Menschen. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 9/2005; Jan Goebel, Peter Krause und Jürgen Schupp: Mehr Armut durch steigende Arbeitslosigkeit. Niedriglöhne überwiegen als Zusatzeinkommen im Haushalt. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 10/2005; Karl Brenke: Einkommensentwicklung der privaten Haushalte in Deutschland – Ostdeutschland fällt zurück. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 18/2005.

<sup>2</sup> Bundesregierung: Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin, 2. März 2005.

<sup>3</sup> Zu Definitionen und Methoden vgl. Kasten.

### Inhalt

Zur Entwicklung der Einkommen privater Haushalte in Deutschland bis 2004

Seite 429

Kasten

## Einkommen und Armut: Definitionen und Methoden

Die in diesem Bericht gewählte Vorgehensweise zur empirischen Erfassung von Einkommensungleichheit und Armut folgt im Prinzip den Empfehlungen des Statistischen Bundesamtes und des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) zur nationalen Berechnung der sog. Laeken-Indikatoren.<sup>1</sup> Dieses Indikatorentableau ist Teil der von der EU initiierten nationalen Aktionspläne zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung in Europa; die Messverfahren werden im Wesentlichen auch im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung berücksichtigt.<sup>2</sup> Solche wohlfahrtsökonomisch motivierten Analysen basieren im Allgemeinen auf den Einkommen, die den privaten Haushalten zur Verfügung stehen.

Den folgenden Auswertungen des SOEP<sup>3</sup> liegen jahresbezogene Einkommenskonzepte zugrunde. Dabei werden jeweils für das zurückliegende Kalenderjahr alle Einkommenskomponenten, die den Haushalt als Ganzen betreffen, sowie alle individuellen Bruttoeinkommen der aktuell im Haushalt befragten Personen aufsummiert (Markteinkommen<sup>4</sup>). Zusätzlich werden Einkommen aus gesetzlichen Renten und Pensionen sowie Sozialtransfers<sup>5</sup> berücksichtigt und schließlich mithilfe einer Simulation der Steuer- und Sozialabgaben die Jahresnettoeinkommen errechnet.<sup>6</sup>

Die Einkommenssituation von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung wird durch Umrechnung in sogenannte Äquivalenzeinkommen – das sind unter Bedarfsgesichtspunkten modifizierte Pro-Kopf-Einkommen – vergleichbar gemacht. Dazu werden die Haushaltseinkommen unter Verwendung einer von der OECD vorgeschlagenen Skala umgerechnet, und jedes Haushaltsmitglied bekommt das errechnete Äquivalenzeinkommen zugewiesen.<sup>7</sup> Dabei erhält der Haushaltsvorstand ein Gewicht von 1; weitere erwachsene Personen haben jeweils ein Gewicht von 0,5 und Kinder von 0,3. Als Kind gilt, wer das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

Des Weiteren liegen diesem Bericht folgende Definitionen und Variablen zugrunde:

- Alle Einkommensangaben werden für den gesamten Untersuchungszeitraum in Euro ausgewiesen. Die Analysen erfolgen auf Personenebene; repräsentiert wird die gesamte in privaten Haushalten lebende Bevölkerung in Deutschland bzw. die Bevölkerung in privaten Haushalten mit mindestens einem Haushaltsmitglied im Alter von 20 bis 60 Jahren. Die Anstaltsbevölkerung (z. B. in Altersheimen) bleibt unberücksichtigt.
- Als einkommensarm gilt, wer unter die Armutsgrenze fällt. Diese liegt nach einer europäischen Konvention bei 60 % des Medians der jährlichen Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen (auf der Basis von Gesamtdeutschland). Solche Armutsquoten, die lediglich die Zahl der Personen unterhalb einer Armutsschwelle zählen, lassen keine Aussagen darüber zu, wie stark das Einkommen der Armen von der Armutsschwelle abweicht. Deshalb wird zusätzlich das FGT2-Maß ausgewiesen, das die sog. Armutsintensität misst. Bei der Berechnung dieses Maßes werden in Armut lebende Personen umso stärker gewichtet, je weiter ihr Einkommen unterhalb der Armutsschwelle liegt.<sup>8</sup>
- Der Anteil der Personen, die mit einem Einkommen unterhalb der Armutsgrenze leben, wird als Armutsquote bezeichnet (ARPR – At-Risk-of-Poverty Rate); dies ist der erste Primärindikator von insgesamt 18 sog. Laeken-Indikatoren.
- Um Einkommensniveaus im Zeitverlauf vergleichen zu können, werden alle Einkommen zu Preisen des Jahres 2000 ausgewiesen. Um vor allem für die erste Hälfte der 90er Jahre die Kaufkraftunterschiede zwischen Ost und West zu berücksichtigen, wurden bis zum Erhebungsjahr 1997 die Einkommen in den alten und neuen Ländern getrennt an die entsprechende Preisentwicklung angepasst.

<sup>1</sup> Die Laeken-Indikatoren werden inzwischen jährlich für jedes EU-Mitgliedsland errechnet. Vgl. Tony Atkinson, Bea Cantillon, Eric Marlier und Brian Nolan: *Social Indicators. The EU and Social Inclusion*. Oxford 2002.

<sup>2</sup> In Erweiterung zum Laeken-Konzept werden im hier vorgelegten Bericht, ebenso wie im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, auch Einkommensvorteile bei selbst genutztem Wohneigentum („imputed rent“) berücksichtigt.

<sup>3</sup> Das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) ist eine seit 1984 jährlich durchgeführte Wiederholungsbefragung der Wohnbevölkerung in Deutschland. Vgl. SOEP Group: *The German Socio-Economic Panel (GSOEP) after more than 15 years – Overview*. In: Elke Holst et al. (Hrsg.): *Proceedings of the 2000 Fourth International Conference of German Socio-Economic Panel Study Users (GSOEP 2000)*. In: *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung*, Nr. 1/2001, S. 7–14; auch unter [www.diw.de/deutsch/sop/](http://www.diw.de/deutsch/sop/).

<sup>4</sup> Kapital- und Erwerbseinkommen einschließlich privater Transfers und privater Renten.

<sup>5</sup> Sozialhilfe, Wohngeld, Kindergeld, Unterstützungen vom Arbeitsamt, Leistungen nach dem BAföG u. a.

<sup>6</sup> Bei den Jahreseinkommen werden auch einmalige Sonderzahlungen (13. und 14. Monatsgehalt, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld etc.) berücksichtigt. Fehlende Werte werden imputiert. Vgl. Joachim R. Frick und Markus M. Grabka: *Item Non-response on Income Questions in Panel Surveys: Incidence, Imputation and the Impact on Inequality and Mobility*. In: *Allgemeines Statistisches Archiv*, Nr. 89, 2005, S. 49–61.

<sup>7</sup> Damit wird unterstellt, dass alle Haushaltsmitglieder in gleicher Weise vom gemeinsamen Einkommen profitieren.

<sup>8</sup> Vgl. J. Foster, J. Greer und E. Thorbecke: *A Class of Decomposable Poverty Measures*. In: *Econometrica*, Bd. 52, Heft 3, 1984, S. 761–766. Das Maß FGT0 entspricht der „normalen“ Armutsquote.

folgenden wirtschaftlichen Aufschwungs war ein deutlicher Zuwachs auf über 18 000 Euro zu verzeichnen. Trotz der konjunkturelle Schwäche seit 2000 zeigt sich eine leicht positive Entwicklung. Dieser Prozess verlief aber – insbesondere im vergangenen Jahr – für West- und Ostdeutschland unterschiedlich. Während 2004 in den alten Ländern ein gegenüber dem Vorjahr stabiler Wert von rund 19 400 Euro erreicht wurde, kam es in den neuen Ländern erstmals seit Anfang der 90er Jahre zu einem realen Einkommensverlust. In den vergangenen zehn Jahren sind zwar die realen verfügbaren Einkommen in den ostdeutschen Haushalten um rund 10 % gestiegen, jedoch wurden hier 2004 mit 15 500 Euro lediglich noch 80 % des westdeutschen Niveaus erreicht. Damit ist Ostdeutschland nun wieder auf das relative Niveau von 1994 zurückgefallen, nachdem im Zuge des innerdeutschen Angleichungsprozesses bereits 1998 rund 85 % des westdeutschen Durchschnittseinkommens erreicht worden waren.

### Ungleichheit und Armut

Die Verteilung der Einkommen im Zeitraum 2000 bis 2002 war – gemessen am Gini-Koeffizienten<sup>4</sup> – geprägt von einer deutlichen Zunahme der Ungleichheit in beiden Landesteilen (Abbildung 2). Während dieser Prozess jedoch in den letzten beiden Beobachtungsjahren in den alten Ländern sogar leicht rückläufig war, gab es in Ostdeutschland eine weitere Zunahme.

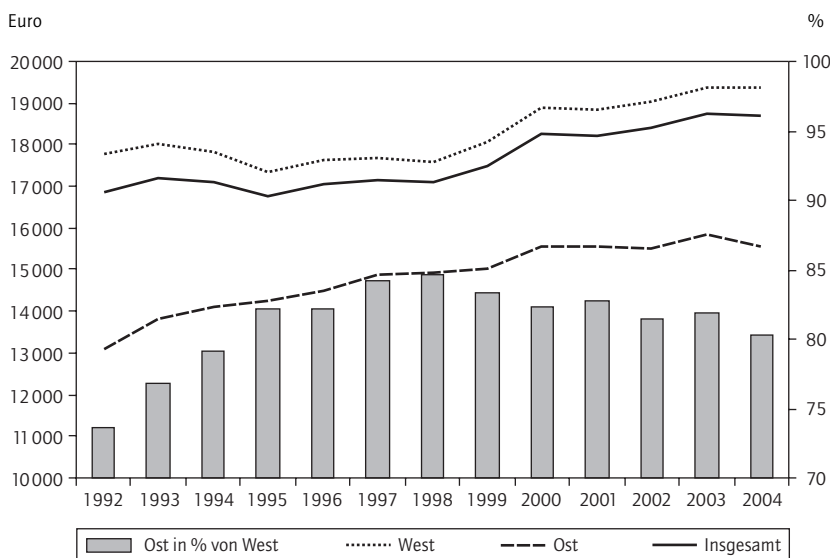
Eine zunehmende Ungleichheit ist auch bei Betrachtung der relativen Einkommensarmut<sup>5</sup> zu konstatieren: Der Stagnation der Armutsquote in Westdeutschland im Jahre 2004 (im Vergleich zum Vorjahr) bei rund 15 % steht in Ostdeutschland eine weitere deutliche Zunahme auf nunmehr rund 20 % gegenüber, das heißt, in den neuen Ländern lebt jeder Fünfte unterhalb der Armutsschwelle. Insgesamt beträgt die Armutsquote in Deutschland damit 16 % (Abbildung 3). Die Armutsintensität, gemessen am FGT2-Maß, fiel aufgrund der hohen Armutsbetroffenheit erstmals seit 1992 in Ostdeutschland höher aus als in den alten Ländern (Abbildung 4). Zwar sind auch 2004 die Einkommen der unterhalb der Armutsschwelle lebenden Personen in Ostdeutschland immer noch gleicher verteilt ist als im Westen, jedoch ist auch hier eine Annäherung festzustellen.

### Zunehmende Relevanz von Arbeitslosigkeit

Die seit 2000 in Ostdeutschland zu beobachtende tendenzielle Stagnation der realen verfügbaren Einkommen in Kombination mit der Zunahme von

Abbildung 1

### Verfügbare Einkommen<sup>1</sup> in Deutschland 1992 bis 2004 Mittelwerte



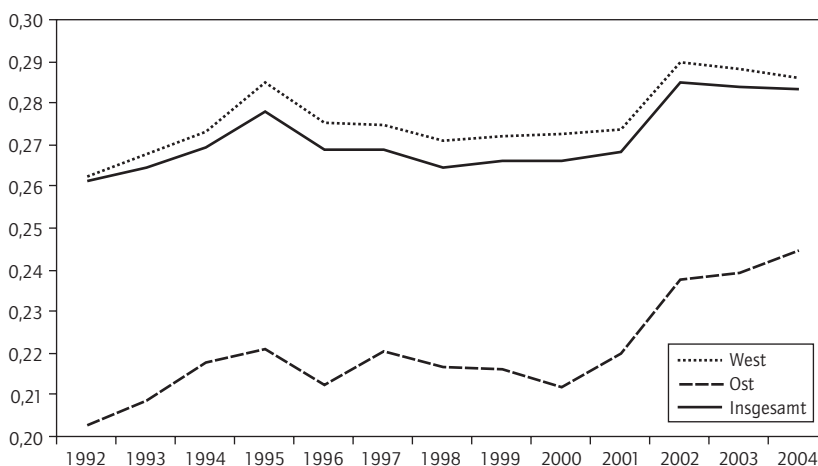
<sup>1</sup> Verfügbare Haushaltseinkommen des Vorjahres, bedarfsgewichtet nach neuer OECD-Skala, zu Preisen von 2000. Untersuchungspopulation: Personen in privaten Haushalten.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

Abbildung 2

### Ungleichheit der verfügbaren Einkommen<sup>1</sup> in Deutschland 1992 bis 2004 Gini-Koeffizient



<sup>1</sup> Verfügbare Haushaltseinkommen des Vorjahres, bedarfsgewichtet nach neuer OECD-Skala, zu Preisen von 2000. Untersuchungspopulation: Personen in privaten Haushalten.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

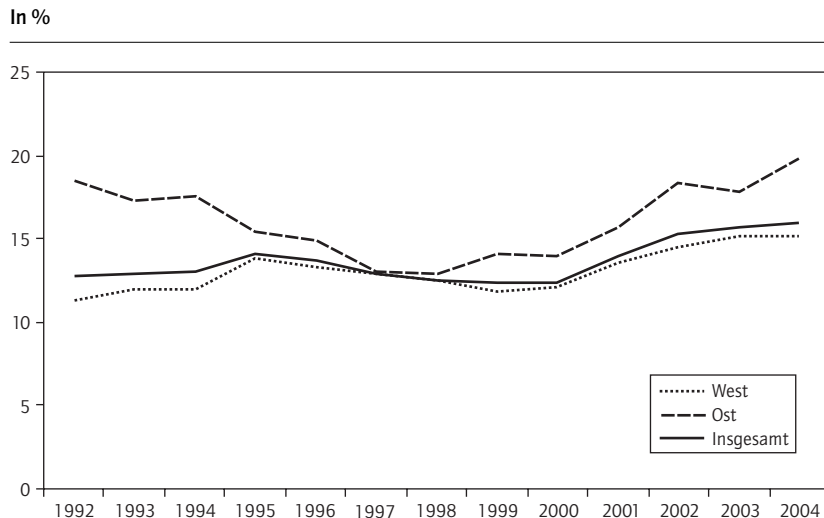
DIW Berlin 2005

<sup>4</sup> Dieses gängige Maß zur Bewertung der Ungleichheit der Verteilung der Einkommen in der Bevölkerung liegt in einem Wertebereich zwischen 0 und 1, wobei niedrigere Werte geringere Ungleichheit ausdrücken.

<sup>5</sup> Entsprechend internationalen Standards wird Armut gemessen an einer Armutsschwelle in Höhe von 60 % des Medians der äquivalenzgewichteten Einkommen (vgl. Kasten).

Abbildung 3

### Armutsquote<sup>1</sup> in Deutschland 1992 bis 2004



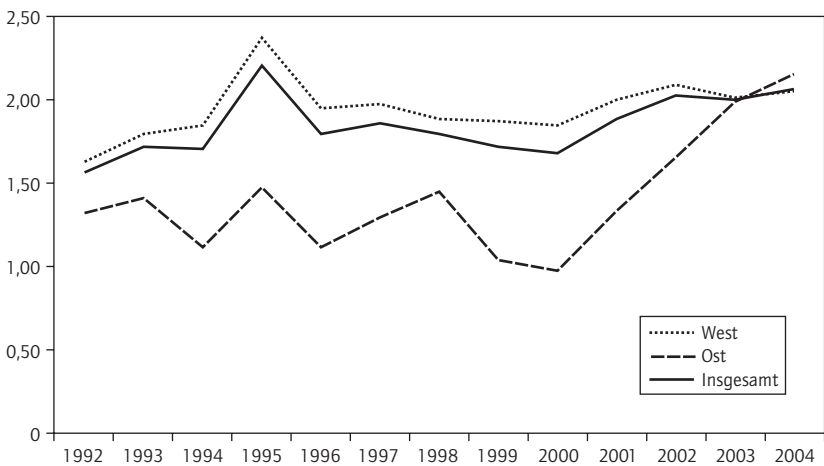
<sup>1</sup> Bevölkerungsanteil mit weniger als 60% des gesamtdeutschen äquivalenzgewichteten Medians im jeweiligen Jahr. Untersuchungspopulation: Personen in privaten Haushalten.

Quellen: SOEP, Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

Abbildung 4

### Armutsintensität<sup>1</sup> in Deutschland 1992 bis 2004



<sup>1</sup> Die Armutsintensität wird hier gemessen am FGT2-Maß. Dieses gewichtet die in Armut lebenden Personen umso stärker, je weiter ihr Einkommen unterhalb der

Armutsschwelle liegt. Untersuchungspopulation: Personen in privaten Haushalten.

Quellen: SOEP, Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

Einkommensungleichheit und Armut kann verschiedene Ursachen haben. Neben Veränderungen im sozialstaatlichen Steuer- und Transfersystem kommt hier vor allem der Erwerbsbeteiligung bzw. dem Risiko der Arbeitslosigkeit besondere Bedeutung zu.

In arbeitsmarktbezogenen Untersuchungen wird die Arbeitslosigkeit im Allgemeinen auf der Ebene von Individuen gemessen, z. B. bei der Berechnung der Arbeitslosenquote. Bezogen auf alle 20- bis 60-jährigen Personen zeigt sich für den Zeitraum 1992 bis 2004 der zyklische Verlauf der Arbeitslosigkeit in Einklang mit den gesamtwirtschaftlichen Schwankungen bei insgesamt steigender Tendenz (Abbildung 5). Nach Ergebnissen des SOEP gaben 2004 rund 14% aller Befragten in dieser Altersgruppe an, im Vorjahr mindestens einen Monat lang arbeitslos gemeldet gewesen zu sein. Dabei sind die Unterschiede zwischen beiden Landesteilen bemerkenswert: Im Westen traf dies auf jede achte Person zu, während es im Osten bei mehr als jedem Vierten – wie bereits Ende der 90er Jahre – der Fall war.

Eine wohlfahrtsökonomisch motivierte Analyse der Auswirkungen von Arbeitslosigkeit muss auch berücksichtigen, inwieweit weitere Personen, die mit einem Arbeitslosen in einem gemeinsamen Haushalt leben, von dem mit der Arbeitslosigkeit verbundenen Einkommensausfall sowie einem eventuellen Bezug von Transferleistungen (Lohnersatzleistungen) betroffen sind.<sup>6</sup>

In diesem Sinne haben viele Menschen Erfahrung mit Arbeitslosigkeit. In Haushalten mit Mitgliedern im Alter von 20 bis 60 Jahren waren im Jahre 2004 über 40% der Menschen in Ostdeutschland und immerhin knapp 20% in Westdeutschland entweder selbst arbeitslos oder von Arbeitslosigkeit eines anderen Haushaltsmitglieds betroffen (Abbildung 6). Auch dieser Indikator bewegt sich im Einklang mit dem Wirtschaftsverlauf.

Offensichtlich wird damit aber noch nicht berücksichtigt, ob Personen nur von kurzer, eher friktioneller Arbeitslosigkeit betroffen waren oder ob es sich dabei um Langzeitarbeitslosigkeit handelt. Ein Index für die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit im Haushaltskontext, der auch deren Dauer berücksichtigt, ist definiert als der Anteil der im Vorjahr in Arbeitslosigkeit verbrachten Monate aller erwerbsfähigen Haushaltsmitglieder an allen potentiellen Erwerbsmonaten.<sup>7</sup> Dieser Index hat den Wert null

<sup>6</sup> Die Berücksichtigung des Haushaltskontextes ist nicht zuletzt auch im Zusammenhang mit der Bedürftigkeitsprüfung für Arbeitslosenhilfe bis 2004 bzw. für Empfänger von Arbeitslosengeld II gemäß der seit Anfang 2005 geltenden Hartz-IV-Regelungen relevant.

<sup>7</sup> Als potentielle Erwerbsmonate gelten Monate mit Erwerbstätigkeit (Vollzeit und Teilzeit einschließlich Kurzarbeit) sowie mit Arbeitslosigkeit. Zeiten in (Aus-)Bildung, Rente, Mutterschutz, Wehr-/Zivildienst sowie Hausarbeit werden nicht berücksichtigt. Zur Entwicklung von Arbeitslosigkeit im Haushaltskontext in den ersten Jahren des ostdeutschen Transformationsprozesses und den damit verbundenen Einkommensverlusten vgl. Joachim Frick und Klaus Müller: Arbeitslosigkeit und Einkommensmobilität ostdeutscher Personen seit 1990. In: Wolfgang Zapf, Jürgen Schupp und Roland Habich (Hrsg.): Lebenslagen im Wandel: Sozialberichterstattung im Längsschnitt. Frankfurt a. M. 1996, S. 291–320.

für Personen in Haushalten ohne gemeldete Arbeitslosigkeit im Vorjahr. Der Maximalwert von 100 wird erreicht, falls alle Haushaltsmitglieder in allen potentiellen Erwerbsmonaten arbeitslos gemeldet waren.

Abbildung 7 belegt eindrucksvoll die zunehmende Spreizung dieses Indikators zwischen West- und Ostdeutschland. Im Jahre 2004 sind in Ostdeutschland in Haushalten mit Personen im Alter von 20 bis 60 Jahren über 20% der potentiellen Erwerbszeit des Vorjahres mit gemeldeter Arbeitslosigkeit verbracht worden; der westdeutsche Vergleichswert lag „lediglich“ bei knapp 9%. Aufgrund der Fokussierung auf Meldungen beim Arbeitsamt ist sogar eine noch stärkere Betroffenheit von Erwerbslosigkeit wahrscheinlich, da Personen ohne Anspruch auf Lohnersatzleistungen und mit geringer Vermittlungswahrscheinlichkeit sich häufig erst gar nicht beim Arbeitsamt vorstellen.<sup>8</sup> Andererseits steht nicht jeder arbeitslos Gemeldete dem Arbeitsmarkt zur Verfügung.<sup>9</sup>

### Entwicklung der am Markt erzielten Einkommen

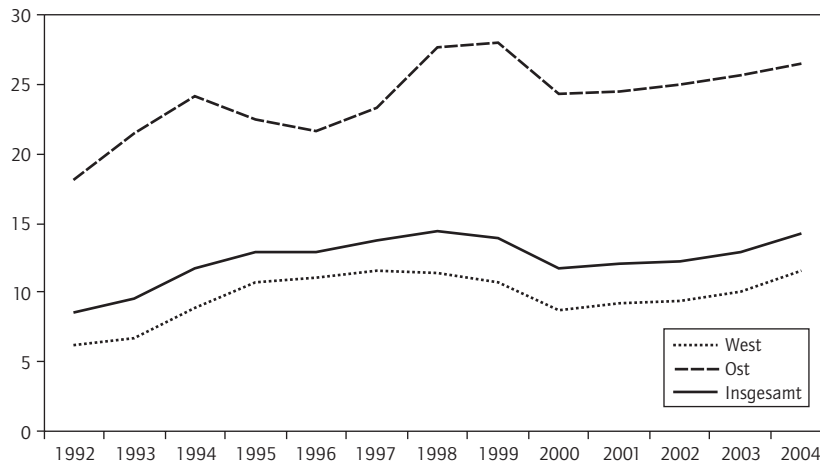
Vor dem Hintergrund der Entwicklung der Arbeitslosigkeit muss auch die Veränderung der Markteinkommen gesehen werden, die in den neuen Ländern nach wie vor fast ausschließlich aus Erwerbseinkommen bestehen.<sup>10</sup> In den alten Ländern sind Kapitaleinkommen und private Renten deutlich häufiger und in höherem Umfang zu finden. Die zunehmende Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern führt insofern fast zwangsläufig auch zu einem Rückgang der mittleren Markteinkommen (gemessen am Median, vgl. Abbildung 8). Seit dem 1995 erreichten Höchststand der Markteinkommen in Ostdeutschland – damals betrug der Median mehr als 13 900 Euro – ist dieses Einkommen fast durchgängig gesunken und liegt derzeit bei weniger als 11 500 Euro – das ist der niedrigste seit dem Mauerfall gemessene Wert. Dies entspricht nur noch 63% des Westniveaus; 1995 wurden hier noch 79% erreicht.

Der Gini-Koeffizient belegt ebenfalls das deutliche Auseinanderdriften von Ost- und Westdeutschland hinsichtlich der Ungleichheit in der Verteilung der marktmäßig erwirtschafteten Einkommen (Abbildung 9). In Westdeutschland hat diese Konzentration ihren bisherigen Höhepunkt im Jahre 2002 erreicht und ist seither leicht rückläufig, während in den neuen Ländern eine kontinuierliche und massive Zunahme zu beobachten ist.

Abbildung 5

### Arbeitslosigkeit<sup>1</sup> von 20- bis 60-Jährigen in Deutschland 1992 bis 2004

In %



<sup>1</sup> Mindestens in einem Monat des Vorjahres beim Arbeitsamt gemeldet.

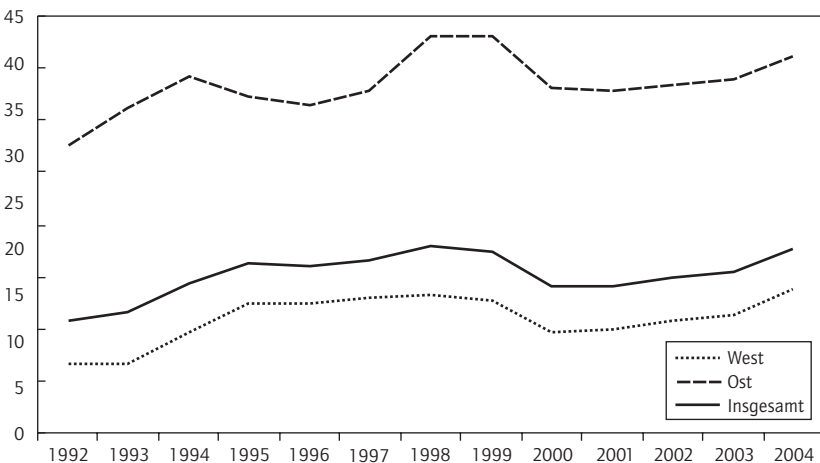
Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

Abbildung 6

### Arbeitslosigkeit<sup>1</sup> im Haushaltskontext in Deutschland 1992 bis 2004

In %



<sup>1</sup> Mindestens in einem Monat des Vorjahres beim Arbeitsamt gemeldet. Untersuchungspopulation: Bevölkerung in Haushalten mit Personen im Alter von 20 bis 60 Jahren.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

<sup>8</sup> Eventuelle Veränderungen dieses Verhaltens, die durch die seit Januar 2005 geltenden Hartz-IV-Regelungen induziert wurden, sind für den hier betrachteten Untersuchungszeitraum bis 2004 nicht relevant.

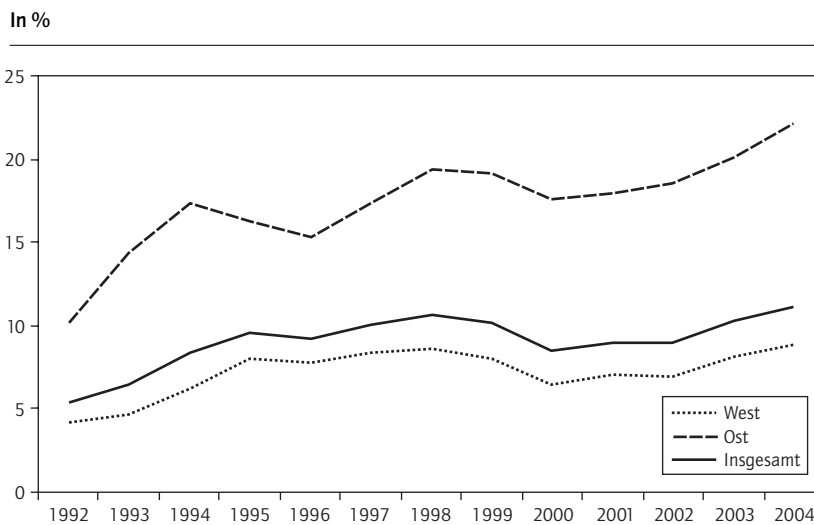
<sup>9</sup> Vgl. Karl Brenke: Sind die Arbeitslosen arbeitsunwillig? In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 22/2002.

<sup>10</sup> Vgl. Karl Brenke, a. a. O., S. 321. Im vorliegenden Bericht werden bei Analyse von Niveau und Verteilung auch Haushalte mit einem Markteinkommen von null berücksichtigt.



Abbildung 7

**Arbeitslosigkeitsindex<sup>1</sup> im Haushaltskontext in Deutschland 1992 bis 2004**



<sup>1</sup> Im Vorjahr in Arbeitslosigkeit verbrachte Monate aller erwerbsfähigen Haushaltsmitglieder dividiert durch alle potentiellen Erwerbsmonate. Untersuchungspopulation: Bevölkerung in Haushalten mit Personen im Alter von 20 bis 60 Jahren.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

**Arbeitslosigkeit und Einkommensentwicklung in der erwerbsfähigen Bevölkerung**

Um den Einfluss von Alterseffekten auszublenden, wird im Folgenden der direkte Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Einkommen nur für solche

Haushalte dargestellt, in denen mindestens eine Person im erwerbsfähigen Alter (20 bis 60 Jahre) lebt. Dazu werden erwerbstätige Haushalte ohne Arbeitslosigkeit solchen mit geringer, mittlerer und starker Betroffenheit von Arbeitslosigkeit gegenübergestellt.<sup>11</sup> Zusätzlich wird die Restgruppe der ökonomisch inaktiven Haushalte ausgewiesen, die neben Personen im Bildungssystem auch solche in Haushalten ohne Erwerbstätigkeit und ohne Arbeitslosigkeitsmeldung im Vorjahr einschließt.<sup>12</sup>

Um mögliche konjunkturelle Einflüsse darstellen zu können, wird der gesamte Untersuchungszeitraum 1992 bis 2004 in drei Phasen unterschiedlicher konjunktureller Entwicklung unterteilt: in die Schwächeperioden 1992 bis 1998 und 2002 bis 2004 sowie den zwischenzeitlichen Aufschwung von 1999 bis 2001 (vgl. Tabelle).

Augenscheinlich ist die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland deutlich höher und auch stärker gestiegen: Der Anteil der stark von Arbeits-

<sup>11</sup> Dazu werden Gruppen entsprechend dem obengenannten Arbeitslosigkeitsindex im Haushaltskontext gebildet: Niedrige Betroffenheit entspricht einem Indexwert bis 15 %; mittlere Betroffenheit reicht von über 15 % bis 30 %, und starke Betroffenheit liegt vor, wenn mindestens 30 % aller potentiellen Erwerbsmonate des Vorjahres in Arbeitslosigkeit verbracht wurden.

<sup>12</sup> Dies schließt auch solche Menschen ein, die sich ganz vom Arbeitsmarkt zurückgezogen haben und nur von Transferinkommen leben, sowie Personen in der „stillen Reserve“ (Nichterwerbstätige ohne Meldung beim Arbeitsamt, aber mit geplanter Aufnahme einer Erwerbstätigkeit sofort oder innerhalb des nächsten Jahres). Letztgenannte weisen ein ähnlich hohes und im Zeitverlauf zunehmendes Armutsrisiko wie arbeitslos Gemeldete auf (vgl. Jan Goebel et al., a. a. O., S. 181).

Tabelle

**Arbeitslosigkeit und Einkommensposition in West- und Ostdeutschland<sup>1</sup>**

	Periode <sup>2</sup>	Westdeutschland						Ostdeutschland					
		Erwerbstätig; ohne Arbeitslosigkeit	Betroffenheit von Arbeitslosigkeit <sup>3</sup>			Ökonomisch inaktiv	Insgesamt	Erwerbstätig; ohne Arbeitslosigkeit	Betroffenheit von Arbeitslosigkeit <sup>3</sup>			Ökonomisch inaktiv	Insgesamt
			Niedrig	Mittel	Stark				Niedrig	Mittel	Stark		
Bevölkerungsanteil in %	1992–1998	78,6	3,4	3,5	8,7	5,8	100,0	58,1	8,1	8,4	20,9	4,5	100,0
	1999–2001	78,7	3,4	3,4	9,0	5,5	100,0	56,1	8,0	8,0	23,7	4,2	100,0
	2002–2004	77,7	3,6	3,1	10,3	5,3	100,0	56,6	6,7	6,5	26,3	3,9	100,0
Armutsquote in %	1992–1998	6,4	4,2	14,0	36,5	57,0	12,1	7,1	7,4	10,0	32,8	47,7	14,5
	1999–2001	6,5	6,7	12,7	36,6	56,4	12,2	8,0	2,9	7,6	32,2	55,5	15,3
	2002–2004	8,3	8,0	14,7	46,2	59,3	15,1	8,8	8,5	14,0	43,7	64,8	20,4
Verfügbares Einkommen (Deutschland = 100)	1992–1998	113	106	91	71	58	105	95	89	83	67	57	86
	1999–2001	112	97	88	70	57	104	96	92	86	70	55	87
	2002–2004	113	102	89	66	55	104	99	90	81	62	46	85
Markteinkommen (Deutschland = 100)	1992–1998	138	124	95	48	22	121	109	94	78	41	24	87
	1999–2001	140	113	90	45	21	122	114	103	81	42	9	89
	2002–2004	142	118	92	43	21	123	121	100	77	35	9	90

<sup>1</sup> Basis: Bevölkerung in Haushalten mit Personen im erwerbsfähigen Alter (20 bis 60 Jahre).

<sup>2</sup> Jeweils Durchschnitt der Beobachtungsjahre.

<sup>3</sup> Arbeitslosigkeitsindex: niedrig: > 0 bis 15 %; mittel: > 15 bis 30 %; stark: > 30 %.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

losigkeit Betroffenen in den neuen Ländern stieg trotz des zwischenzeitlichen Aufschwungs kontinuierlich von 21 % (in der Periode 1992 bis 1998) auf über 26 %. In Westdeutschland verlief diese Entwicklung auf deutlich niedrigerem Niveau; der Anstieg auf aktuell rund 10 % bedeutete lediglich einen Zuwachs von 1,5 Prozentpunkten.

Offensichtlich führt stärkere Arbeitslosigkeit zu höheren Armutsraten.<sup>13</sup> Dieser Zusammenhang ist für West- und Ostdeutschland ähnlich, so dass die deutlich höhere Armut in Ostdeutschland insgesamt (im Zeitraum 2002 bis 2004 über 20 % im Vergleich zu gut 15 % im Westen) in erster Linie auf das höhere Ausmaß der Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist. Mit anderen Worten: Entspräche die Höhe und Verteilung der Arbeitslosigkeit in Westdeutschland jener in Ostdeutschland, so wären auch die Armutsraten vergleichbar hoch.

In der jüngsten konjunkturellen Schwächeperiode sind die verfügbaren Einkommen der Bevölkerung in stark von Arbeitslosigkeit betroffenen Haushalten gesunken. Die Unterschiede der Einkommenspositionen dieser Gruppe (sowie der ökonomisch Inaktiven) zwischen beiden Landesteilen sind dabei geringer geworden. Andererseits bleibt bei Haushalten ohne bzw. mit wenig Arbeitslosigkeit der Einkommensabstand zwischen West- und Ostdeutschland ausgeprägt.

**Fazit**

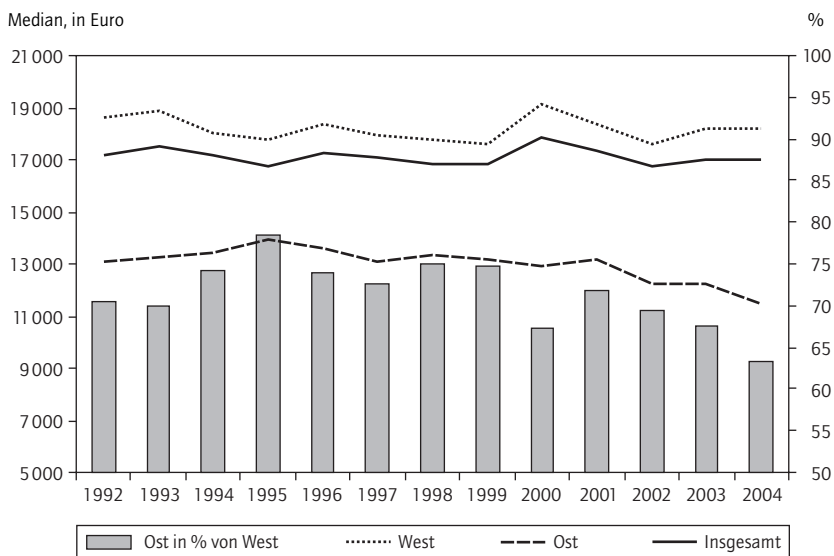
Die Entwicklung von Einkommensungleichheit und Armut in Deutschland stagnierte 2004 im Vergleich zum Vorjahr. Dieser Effekt wird überwiegend von der Konstanz in Westdeutschland dominiert, während die Einkommensspreizung in den neuen Ländern weiter zugenommen hat.

Die aufgrund von Arbeitslosigkeit gestiegene Ungleichheit der Markteinkommen ist mithilfe des über Jahrzehnte bewährten Umverteilungssystems über Steuern, Sozialversicherungen und öffentliche Transferleistungen nicht mehr im bisherigen Ausmaß korrigierbar. Angesichts der Tatsache, dass in Ostdeutschland über 40 % der Bevölkerung in ihrem Haushalt von Arbeitslosigkeit betroffen sind, muss Umverteilung an ihre Grenzen stoßen. Zwangsläufige Folgen sind eine höhere Ungleichheit der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte und damit einhergehend eine Zunahme der relativen Einkommensarmut.

Dieser Prozess ist nur durch einen nachhaltigen Abbau von Arbeitslosigkeit umkehrbar, wie auch die Bundesregierung im Armuts- und Reichtumsbericht konstatiert: „Wenn aber Arbeitslosigkeit die

Abbildung 8

**Markteinkommen<sup>1</sup> in Deutschland 1992 bis 2004**



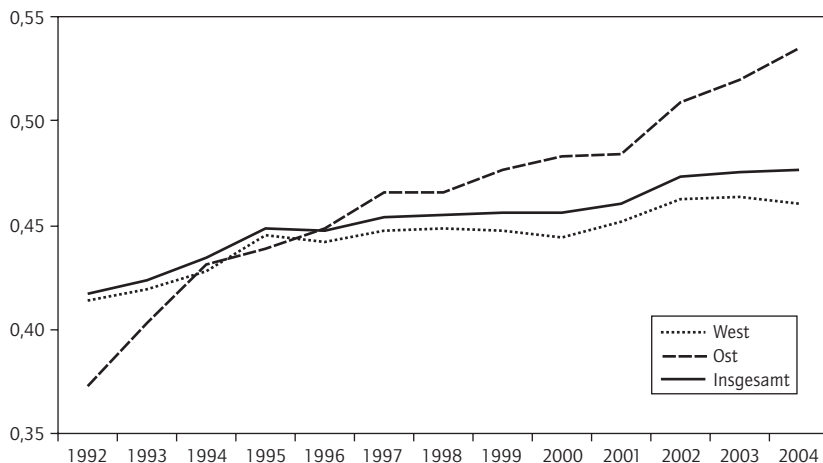
<sup>1</sup> Markteinkommen des Vorjahres, bestehend aus Kapital- und Erwerbseinkommen, einschließlich privater Transfers und privater Renten. Bedarfsgewichtet nach neuer OECD-Skala, zu Preisen von 2000. Untersuchungspopulation: Personen in privaten Haushalten.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

Abbildung 9

**Ungleichheit der Markteinkommen<sup>1</sup> in Deutschland 1992 bis 2004**  
Gini-Koeffizient



<sup>1</sup> Markteinkommen des Vorjahres, bestehend aus Kapital- und Erwerbseinkommen, einschließlich privater Transfers und privater Renten. Bedarfsgewichtet nach neuer OECD-Skala, zu Preisen von 2000. Untersuchungspopulation: Personen in privaten Haushalten.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

Hauptursache von Armut und sozialer Ausgrenzung ist, dann muss sich sozial gerechte Politik vorran-

<sup>13</sup> Personen in ökonomisch inaktiven Haushalten sind erwartungsgemäß am stärksten von Armut betroffen.



gig an der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Integration Erwerbsloser in den Arbeitsmarkt orientieren.“<sup>14</sup>

Eine mögliche Reformmaßnahme stellt die stärkere Steuerfinanzierung der Sozialkassen dar.<sup>15</sup> Notwendig sind aber auch verstärkte Maßnahmen zur Bildung und Ausbildung, die die Beschäftigungschancen steigern. Dies ist nicht zuletzt angesichts der selektiven Wanderungsverluste Ostdeutschlands infolge von Arbeitslosigkeit und der verschlechterten Möglichkeiten der Einkommenserzielung erforderlich.

Darüber hinaus droht hier ohne einen nachhaltigen wirtschaftlichen Aufschwung ein sich selbst verstärkender Prozess, der die Chancen auf eine eigen-

ständige positive Entwicklung in Ostdeutschland weiter schmälert und die langfristige Abhängigkeit von Transfers aus den alten Ländern verfestigt.

<sup>14</sup> Bundesregierung 2005, a. a. O., S. XVII.

<sup>15</sup> Vgl. Volker Meinhardt und Rudolf Zwiener: Gesamtwirtschaftliche Wirkungen einer Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen in der Sozialversicherung. Endbericht des Gutachtens im Auftrag des DGB-Bundesvorstandes, der Hans-Böckler-Stiftung und der Otto-Brenner-Stiftung. DIW Berlin, Politikberatung kompakt, Nr. 7. Berlin, März 2005. Aktuell wird auch die Förderung des Niedriglohnssektors durch Absenkung der Lohnnebenkosten – beispielsweise in Form eines Grundfreibetrages auf die Sozialabgaben – diskutiert. Vgl. beispielsweise: SPD diskutiert Freibetrag bei Sozialabgaben. In: Financial Times Deutschland vom 16. Juni 2005 ([www.ftd.de/pw/de/10752.html](http://www.ftd.de/pw/de/10752.html)). Untersuchungen kommen allerdings zu dem Ergebnis, dass mit Lohnsubventionen – etwa in Form von Kombilöhnen – gemessen am finanziellen Aufwand in der Regel zu wenig an zusätzlicher Beschäftigung erzielt wird. Vgl. Hilmar Schneider et al.: Beschäftigungspotenziale einer dualen Förderstrategie im Niedriglohnbereich. Gutachten im Auftrag des Ministeriums für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen. IZA Report Nr. 5. Bonn 2002.

# Aus den Veröffentlichungen des DIW Berlin

Philipp Köllinger

## **Why IT Matters: An Empirical Study of E-Business Usage, Innovation, and Firm Performance**

The article argues that IT continues to have strategic relevance for companies because it enables innovation. A conceptual link between the adoption of IT and innovation is established. This conceptual link allows a market-based, economic explanation for variations in IT payoffs among firms: The successful adoption of new IT leads to innovation. Depending on the behavior of customers and competitors, a successful innovation can enable companies to gain competitive advantages. The economic theory of innovation suggests conditions that are necessary for firms to benefit from innovative activities. The relevance of IT as an important enabler of innovation is demonstrated using a very large sample of enterprises from different industries and countries in the European Union surveyed in late 2003. It is shown that a substantial share of firms use IT to introduce new processes into their business, or to offer new products or services to their customers. To study the relationship between firm performance and innovation, I estimate an error component model that controls for unobserved market-specific effects and various firm-specific characteristics. The regression results indicate that innovative firms are generally more likely to exhibit increasing turnover and employment. In addition, firms that conduct product or service innovations are also more likely to be profitable. Furthermore, enterprises using IT to innovate perform at least as well as those innovating without IT. Yet, no significant relationship between process innovation and profitability is found, suggesting that firms might have problems to appropriate excess profits from process innovations, independent from whether they are enabled by IT or not. Possible reasons for this include time-lags between process innovations and profit gains, problems to effectively protect process innovations from imitation by competitors, or a lack of complementary resources. The results suggest that the returns to IT critically depend on whether and how IT investments are transferred into innovative activities. In addition, they suggest that IT will maintain its strategic importance as long as the IT industry remains innovative in developing new IT hardware and useful new business applications for it.

**Diskussionspapier Nr. 495**

Juni 2005

Die Volltextversionen der Diskussionspapiere liegen von 1998 an komplett als pdf-Dateien vor und können von der entsprechenden Website des DIW Berlin heruntergeladen werden ([www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/diskussionspapiere](http://www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/diskussionspapiere)).

## 80 Jahre DIW Berlin



### Das DIW Berlin wird 80 Jahre alt

Im Juli 1925 gründete Ernst Wagemann das Institut für Konjunkturforschung – das heutige Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung – in Berlin. Der Rückblick auf die Zeit seines Bestehens zeigt eine wechselvolle Geschichte. Sie beginnt mit der Weltwirtschaftskrise bald nach der Gründung und der folgenden Ära des Nationalsozialismus, die auch für das Institut spürbare Einschnitte brachte. Dem schließen sich die Aufbauzeit nach dem Zweiten Weltkrieg und die verschiedenen Entwicklungsphasen, geprägt von Expansion, Konsolidierung und Umbruch, an. In der aktuellen Entwicklung spielt die Umstrukturierung des Instituts zur Stärkung des wissenschaftlichen Profils eine wichtige Rolle.

Anlässlich des 80-jährigen Bestehens ist ein historischer Überblick über diese Zeit zusammengestellt worden, der sich in folgende Abschnitte gliedert:

- Die Aufbauphase des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung
- Das Institut während der Weltwirtschaftskrise
- Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung während des Nationalsozialismus
- Gründung von Außenstellen
- Die Ära Ferdinand Friedensburg: „Jedermann dienstbar, niemandem untertan“
- Berliner Blockade
- Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung zwischen Expansion und Konsolidierung
- Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in der Zeit des Umbruchs
- Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung im 21. Jahrhundert

Diesen Überblick über „80 Jahre DIW Berlin“ finden Sie jetzt online unter [www.diw.de/](http://www.diw.de/)

#### Impressum

DIW Berlin  
Königin-Luise-Str. 5  
14195 Berlin

#### Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)  
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)  
Dr. Tilman Brück  
Dörte Höppner  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Dr. Bernhard Seidel  
Prof. Dr. Viktor Steiner  
Prof. Dr. Alfred Steinherr  
Prof. Dr. Gert G. Wagner  
Prof. Dr. Axel Werwatz, Ph.D.  
Prof. Dr. Christian Wey

#### Redaktion

Dr. habil. Björn Frank  
Dr. Elke Holst  
Jochen Schmidt  
Dr. Mechthild Schrooten

#### Pressestelle

Renate Bogdanovic  
Tel. +49 - 30 - 897 89-249  
[presse@diw.de](mailto:presse@diw.de)

#### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 74  
77649 Offenburg  
[leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de)  
Tel. 01805 - 19 88 88 \*dtms/12 Cent/min.

Abo-Betreuung durch  
Abonnenten Service Center GmbH  
Geschäftsführer: Heinz-Jürgen Koch  
Marlener Str. 4  
77656 Offenburg

#### Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-  
Einzelheft Euro 7,-  
(jeweils inkl. MwSt. und Versandkosten)  
Abbestellungen von Abonnements  
spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter [leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de)

#### Konzept und Gestaltung

kognito, Berlin

#### Satz

Wissenschaftlicher Text-Dienst (WTD), Berlin

#### Druck

Druckerei Conrad GmbH  
Oranienburger Str. 172  
13437 Berlin